

Medienmitteilung

Thema	Volkswahl des Bundesrates
Für Rückfragen	Verena Diener, Ständerätin ZH, Tel. +41 79 331 08 39
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	24. September 2012

Die grünliberale Fraktion lehnt die Volksinitiative für eine Volkswahl des Bundesrates ab

Die grünliberale Fraktion findet es legitim, dass über eine Volkswahl des Bundesrates diskutiert wird, gerade weil sich in den Gemeinden und Kantonen zeigt, dass das Volk meist ausgewogene Regierungen wählt. Dennoch überwiegen für die Grünliberalen wie für die Mehrheit des Ständerates bei einer Volkswahl des Bundesrates die Nachteile. Die Volkswahl des Bundesrates würde dem föderalistischen System der Schweiz nicht gerecht und Kandidaturen aus kleinen Kantonen würden benachteiligt. Weiter würde auch das bewährte Kollegialitätsprinzip durch eine Volkswahl des Bundesrates stark unter Druck geraten.

Die Grünliberalen haben Verständnis dafür, dass die Volkswahl des Bundesrates neu diskutiert wird. Diese war seit der Gründung des modernen Bundesstaates regelmässig ein Thema. In den Gemeinden und Kantonen zeigt sich zudem, dass das Volk meist ausgewogene Regierungen wählt.

Im Unterschied zu den kommunalen und kantonalen Wahlen überwiegen für die Grünliberalen bei einer Volkswahl des Bundesrates aber die Nachteile. Zwar könnte die direkte Demokratie damit weiter ausgebaut werden, der Föderalismus und das Kollegialitätsprinzip, weitere bewährte Pfeiler unseres politischen Systems, würden aber in Frage gestellt.

Eine Volkswahl des Bundesrates würde der föderalistischen Struktur der Schweiz nicht gerecht. Bevölkerungsstarke Kantone würden bevorteilt, da deren Exponenten bei einem weitaus grösseren Teil der Schweizer Bevölkerung über den nötigen Bekanntheitsgrad verfügen als ihre Mitbewerber aus kleineren Kantonen. Eine ausgewogene Verteilung aller Regionen könnte wohl nur über eine Vielzahl von Quoten oder Sonderregelungen erreicht werden, was die Grünliberalen klar ablehnen.

Zudem wären die amtierenden Bundesräte zur Sicherung ihrer Wiederwahl zu einem Dauerwahlkampf gezwungen. Dieser zusätzliche Profilierungsdruck würde das bewährte Kollegialitätsprinzip stark erschweren und den Einfluss finanzstarker Akteure erhöhen.